

Gegen rechte Hetze

Kirchen, Verbände, Gewerkschaften und Arbeitgeber zeigen klare Kante

Von Christoph Cuntz

WIESBADEN. Erst kürzlich hat der Vorsitzende des Landesverbandes Hessen im **Bund der Vertriebenen**, Siegfried Ortman, zum politischen Kampf gegen die Alternative für Deutschland (AfD) aufgerufen. Bei einem Festakt hat er den Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Thomas Sternberg, zitiert. Der hatte dazu aufgefordert, die aus seiner Sicht rechtsradikale AfD nicht zu wählen. „Diesem eindeutigen Aufruf schließe ich mich vollinhaltlich an“, so Ortman. Er verbinde damit den Aufruf an die anderen Parteien sowie alle demokratisch gesinnten Organisationen und Verbände im Land, sich ohne Wenn und Aber von dieser sogenannten politischen Alternative eindeutig abzugrenzen und sie, wo immer es geht, politisch zu bekämpfen.

Seither hat sich einiges getan. Der **Hessische Bauernverband** etwa schreibt in einer kurzen Stellungnahme, er verurteile „jegliche Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“.

Der **Hessische Fußballverband** äußert sich ähnlich. Er sei zwar parteipolitisch neutral,

trete aber „rassistischen, verfassungs- und fremdenfeindlichen Bestrebungen und anderen diskriminierenden oder menschenverachtenden Verhaltensweisen entgegen“.

„Das ist ein Angriff auf die Demokratie“

Bei den Metallern ziehen Arbeitgeber und Gewerkschaften an einem Strang. Sie sprechen sich gemeinsam „gegen rassistische Hetze und rechtsextreme Gewalt“ aus, setzen sich für „Solidarität und Menschlichkeit“ in den Betrieben und in der Gesellschaft ein. „Mit Sorge sehen wir, dass sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft größer werdende Teile in ihren verbalen Äußerungen radikaler werden“, so der **Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie Hessens** gemeinsam mit der **IG-Bezirksleitung Mitte**. Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Chemnitz und Köthen wollen beide gemeinsam ein Zeichen setzen gegen Rechtsextremismus und Intoleranz. Rechte Hetze, die Aufmärsche der vergangenen Wochen sowie die Instrumentalisierung von Gewaltopfern für politische Zwecke sei „ein Angriff auf die Demokratie“, so

DIE AfD IN HESSEN

► Bei der Wahl vor fünf Jahren war die **AfD auf 4,1 Prozent** gekommen, hatte keinen Sitz im Landtag erhalten. Je nach Umfrage liegt sie in Hessen derzeit mal bei zwölf, mal bei **16 Prozent**.

► Auf Platz fünf der Landesliste kandidiert **Andreas Lichert**. Er gilt als „Neu-Rechter“ und „Kandidat mit rechtsextremen Kontakten“. Das Duo an der Spitze mit **Robert Lambrou** und **Klaus Herrmann** wird dem moderaten Flügel zugerechnet.

Wolfgang Matthias Mang für die Arbeitgeberverbände und Jörg Köhlinger für die IG Metall. Beide werben für Weltoffenheit und kulturelle Vielfalt, die „feste Bestandteile der Kultur unserer Unternehmen“ seien und „wesentlich zum Erfolg unserer Wirtschaft beitragen“.

Die Dienstleistungsgewerkschaft **Verdi** hat mit Blick auf die Landtagswahl erklärt, sie richte ihre Zusammenarbeit mit Parteien danach aus, „inwieweit sie Träger unserer Werte und Grundhaltungen sind. Weiter heißt es: „Die AfD gehört nicht dazu“.

Der **Bund der Deutschen Katholischen Jugend** (BDKJ) hat

schon vor Längerem klar Position bezogen gegen „Menschenfeindlichkeit, Hetze und Rechtspopulismus“.

Auch die **Evangelische Kirche in Hessen und Nassau** hat sich schon nach den Kommunalwahlen in Hessen besorgt gezeigt, dass die AfD landesweit auf 13 Prozent gekommen sei. Kirchenpräsident Volker Jung hat das als „erschreckend“ bezeichnet. Für ihn ist die AfD eine rechtsextreme Partei, die Positionen vertrete, die nicht mit einem christlichen Menschenbild zu vereinbaren sind. Die Evangelische Kirche gebe zwar keine Wahlempfehlungen, denn die Wahlberechtigten sollten sich selbst ein Urteil bilden. Aus christlicher Sicht solle allerdings dabei die Frage, ob eine Partei – in ihrem Programm oder durch ihre Repräsentanten – rassistische, diskriminierende, antidemokratische oder menschenverachtende Positionen vertritt, eine besondere Rolle spielen“.

Der **Sozialverband VDK Hessen-Thüringen** schließlich ruft dazu auf, bedürftige Menschen nicht auszugrenzen und gegeneinander auszuspielen. „Wir sind überzeugt: Nur gemeinsam können wir Lösungen finden, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern“.